

## Verpflichtung

Am 3. Oktober 1990, vor 20 Jahren, durften wir die Vollen-  
dung der staatlichen Einheit Deutschlands feiern. Das war  
eine tiefe und beglückende Erfahrung, auch für die katholi-  
schen Christen in Ost und West. Zugleich war damit eine  
große Herausforderung verbunden: in unserer Gesellschaft  
und Kirche die Einheit zu verwirklichen.

Zwar konnten wir auf viele gute, teils geheime oder halble-  
gale Kontakte während der DDR-Zeit aufbauen. Auch hatte  
es mit dem Katholikentag in Berlin 1990 schon einen wieder  
"gesamtdeutschen" Katholikentag gegeben – wir hatten uns  
jahrelang auf einen Katholikentag im geteilten Berlin vorberei-  
tet, der dann in völlig neuer historischer Konstellation statt-  
fand und doppelt so groß wie geplant wurde. Doch insgesamt  
galt für die Katholiken, was für unser ganzes Land galt: Man  
musste Strukturen schaffen, schnell und fast aus dem Stand,  
man musste zusammenkommen, voneinander und miteinander  
lernen.

Schon in der Zeit der Wende hatten sich katholische Grup-  
pen, Verbände und Organisationen in der DDR zu einem  
Gemeinsamen Aktionsausschuss zusammengeschlossen und  
zum ZdK Kontakt aufgenommen. So konnte das ZdK auf  
gute Weise helfen, ohne die wichtige Eigenständigkeit der  
Katholiken zwischen Rostock, dem Eichsfeld und Dresden zu  
beeinträchtigen. Schon 1994 trafen sich die Katholiken aus  
ganz Deutschland zum großartigen Katholikentag in Dresden.  
1997 wurde dann mit Hans Joachim Meyer ein Katholik aus  
den neuen Bundesländern ZdK-Präsident und prägte es 12  
Jahre lang, mehr als die Hälfte der Zeit, die wir vereint sind.

Dankbar stellen wir fest, dass wir, bei allen Schwierigkeiten,  
einen erfolgreichen und gelungenen Weg gehen konnten, und  
zwar als Katholiken wie als Staatsbürger. Umso wichtiger  
ist es, sich in diesen Tagen des Gedenkens und der Freude  
darüber klar zu werden, dass die Einheit weder in Staat und  
Gesellschaft noch in der Kirche schon vollendet ist. Die  
Erfahrungen, Situationen und Entwicklungen der letzten 20  
Jahre sind zu verschieden, um es beim dankbaren Rückblick zu  
belassen. Wir sollten das Jubiläum vielmehr zum Anlass neh-  
men, dieser Aufgabe, die Einheit zu vollenden, einen neuen  
Impuls zu geben – in Staat, Gesellschaft und Kirche!

Stefan Vesper

16. Jg. Nr. 4

10. September 2010

## Inhalt

- Einen neuen Aufbruch wagen**  
Das Evangelium zugänglich machen  
*Alois Glück* 2
- Wehrpflicht oder Freiwilliger Wehrdienst?**  
Ein Modellvorschlag  
*Karl-Heinz Lather* 4
- Vom Bürgerwillen zur Regierungspolitik**  
Kampagne "Steuer gegen Armut"  
*Jörg Alt* 6
- Mit Leidenschaft, Augenmaß und Frustrationstoleranz**  
Plädoyer für eine christlich geprägte Politik unter  
den Bedingungen fortschreitender Säkularisierung  
*Hubert Wissing* 8
- Ökumenischer Tag der Schöpfung**  
Gebet, Zeugnis und gemeinsames Handeln  
*Elisabeth Dieckmann* 10
- "Grenzen überschreiten – gemeinsam lernen – Integration gestalten"**  
kfd-Fortbildung zur Kulturmittlerin  
*Heide Mertens* 12

## Einen neuen Aufbruch wagen

### Das Evangelium zugänglich machen

*Die Kirchen befinden sich in einer der größten Vertrauenskrisen der jüngeren Vergangenheit. Der Skandal um sexuellen Missbrauch in der katholischen Kirche hat den Vertrauensschwund beschleunigt, letzte Ursache ist er nicht. Die Gründe liegen tiefer, ihre Auswirkungen treffen den Kernauftrag der Kirche. Der Präsident des ZdK, Alois Glück, fordert dazu auf, angesichts der Krise einen neuen Aufbruch zu wagen.*

Wir leiden an unserer Kirche, wir leiden mit unserer Kirche. Aber sie ist weiter unsere Kirche. Wir wollen nicht resignieren, wir wollen uns engagieren. Wir Laien wollen unseren Beitrag leisten, damit aus dieser Krise eine neue Lebendigkeit, eine neue Strahlkraft, eine neue Anziehungskraft wächst. So habe ich beim Abschlussgottesdienst des Ökumenischen Kirchentages in München und in der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken unsere Position beschrieben.

### Zeichen der Krise

In den letzten Wochen und Monaten ist immer deutlicher geworden, dass wir uns mit unserer Kirche in der schwersten Krise seit langer Zeit befinden. Wir spüren es in unseren eigenen Erfahrungen. Zahlen dokumentieren dies darüber hinaus bedrückend eindeutig. In diesem Jahr haben sich in ganz Deutschland mit 150 Bewerbern so wenig junge Männer wie noch nie für den Berufsweg zum Priester entschieden. Diese Tatsache fordert uns heraus, uns damit auseinanderzusetzen, was dies, besonders in Verbindung mit der Altersstruktur der Priesterschaft in Deutschland, schon in absehbarer Zeit für die Verkündigung und die Präsenz unserer Kirche in der Gesellschaft bedeutet.

Zwei Zahlen aus einer im Juni veröffentlichten Untersuchung des Instituts Allensbach dokumentieren einen dramatischen Vertrauensverlust: "Der Anteil der Bevölkerung, der der Kirche allgemein zutraut, in moralischen

Fragen Orientierung zu geben, ist seit 2005 von 35 % auf 23 % gesunken, allein zwischen März und Juni dieses Jahres von 29 % auf 23 %. Zugleich ist die Überzeugung schwächer geworden, dass von den Kirchen Antworten auf Sinnfragen zu erwarten sind. 2005 waren davon noch 50 % der Bevölkerung überzeugt, im März dieses Jahres 45 %, jetzt 38 %." (FAZ 23.6.2010) Gerade die letzte Zahl ist besonders alarmierend, sie trifft den Kernauftrag der Kirche.

### Erwartungen

Die positive Erfahrung: Die große Mehrheit der Bevölkerung ist in Sorge, ob die Kirchen in Zukunft noch ihrer Aufgabe gerecht werden können. Was damit gemeint und gewollt ist, ist sicher weithin diffus, dokumentiert aber die Einschätzung über die Bedeutung der Kirchen für die Menschen und die Gesellschaft.

### Was ist in dieser Situation die Aufgabe des ZdK?

Wir sind nicht eine Oppositionsgruppe, unser Kirchenverständnis erlaubt uns auch keine einseitige Erwartungshaltung aus der Zuschauerperspektive an die Träger des Amtes. Wir wollen und müssen all das aufgreifen, was die Gläubigen in der Kirche und in unseren Gemeinschaften bewegt, umtreibt, was sie an Erwartungen an ihre Kirche haben.

Wir wollen und können aber nicht nur der Verstärker von Stimmungen und Erwartungen sein, wir stehen auch in der Verantwortung. Sie beginnt bei uns selbst, bei eigenen, selbstkritischen Reflexionen darüber, wo wir selbst Veränderungsbedarf haben, nicht nur in organisatorischen und methodischen Fragen. Wie erleben die Menschen uns als Kirche, erleben sie uns als Christen, als Katholiken und in welcher Weise?

### Das Evangelium zugänglich machen

Als Kirche stehen wir an einer Kreuzung mit mehreren Abzweigungen. Die Alternativen sind: Resignation, gewollte oder jedenfalls mit wenig Bedauern hingenommene Schrumpfung zu einer

kleinen Gemeinschaft "überzeugter Christen" oder Wille und Mut zu einem neuen Aufbruch.

Für uns kann nur die Bereitschaft zu einem neuen Aufbruch in Frage kommen. Resignation wäre Ausdruck mangelnden Gottvertrauens, ein Ja zur Schrumpfung Verrat an dem missionarischen Auftrag, den Menschen der jeweiligen Zeit und in ihren unterschiedlichen Lebenswelten die Botschaft des Evangeliums zugänglich zu machen. Das ist die Kernaufgabe, die wir nicht verraten dürfen. Daran müssen wir alle unsere Überlegungen und Vorschläge orientieren. Strukturen und Veränderungen sind nicht Selbstzweck. Der Bischof von Rottenburg, Gebhard Fürst, sagte in seiner Pfingstpredigt 2010 in aller Klarheit: "Die ganze Gestalt unserer Kirche muss ausgerichtet, ihre Strukturen müssen so eingerichtet sein und werden, dass sie dazu dienen, den Heiligen Geist, den Gottesgeist, der in Christus lebendig war, zur Wirkung zu bringen. Wo die Gestalt unserer Kirche dies behindert oder verdunkelt, da muss sie sich wandeln und verwandeln lassen." Der Heildienst für die Menschen ist die Orientierung und der Maßstab! Alles andere hat dafür Dienstfunktion – die Ämter und das Amtsverständnis, die Laien mit ihrem Auftrag und ihrem Anspruch auf entsprechende partnerschaftliche Beteiligung, die Rolle der Kirche und ihr Erscheinungsbild in Gesellschaft und Staat.

Wo und in welcher Weise verstellt die Kirche – wir miteinander! – den Menschen den Zugang zur heilenden Botschaft des Evangeliums? Die Zahlen über die sinkende Erwartung an die Kirchen – nicht nur die katholische! –, dass diese Antworten zu den Sinnfragen des Lebens geben, müssen uns aufrütteln. Sie lassen uns keinen Raum für Selbstgerechtigkeit, verbunden mit nur pessimistischen Bewertungen unserer Zeit oder Schuldzuweisung an die Menschen. "Der 'kalte Reif', der sich derzeit über unser kirchliches Leben legt, hat etwas mit Gegenwartsverweigerung zu tun. Wir schauen mehr zurück als nach vorn", urteilt der Erfurter Bischof Joachim Wanke (Rheinischer Merkur Nr. 24, 2010).

### **Eine den Menschen dienende Kirche**

Was ist unsere Antwort, was heißt "geistliche Erneuerung"? Welches Leitbild einer erneuerten Kirche haben wir? Bischof Joachim Wanke hat dafür "die Vision einer den Menschen dienenden

Kirche" vorgeschlagen. "Wir sollten alle Mühe darauf verwenden, eine den Menschen dienende und uns dabei (zumindest ab und zu) selbst vergessende Kirche zu werden."

Die Situation unserer Kirche und die sich daraus ergebenden großen Herausforderungen werden wir auch in den nächsten Monaten intensiv beraten. Dem dient vor allem auch die Arbeitstagung über die Zukunft der Kirche in Deutschland in der Trägerschaft der Gemeinsamen Konferenz von Deutscher Bischofskonferenz und ZdK.

### **Eine neue Kultur des Gesprächs**

Die grundlegende und ausschlaggebende Frage ist, ob es uns in einer gemeinsamen Anstrengung gelingt, in unserer Kirche eine Kultur des Gesprächs, der Debatte und auch der notwendigen Auseinandersetzung zu gestalten, mit der die vielen Kräfte in unserer Kirche fruchtbar gemacht werden können. Wie können wir Vielfalt und notwendige Einheit miteinander verbinden, wie Einheit und gelebte Subsidiarität, wie eine Aufgabenverteilung und Zusammenarbeit zwischen Priestern und Laien, wie die Präsenz der Kirche und die Verkündigung gestalten?

### **Präsenz in Politik und Gesellschaft**

Für das ZdK ist dabei eine besondere Herausforderung, dass wir, trotz der Größe dieser Aufgabe, den eigentlichen Schwerpunkt unseres Auftrags nicht vernachlässigen dürfen: für die Präsenz des Glaubens in den drängenden gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit einzutreten. Dieser Aufgabe werden wir bei der Vorbereitung des Katholikentages, der im Jahr 2012 in Mannheim stattfinden wird, einen besonderen Schwerpunkt einräumen. Aber wir werden auch in den nächsten Monaten zu Entwicklungen in der Gesellschaft und Entscheidungen in der Politik Position beziehen.

*Alois Glück, Präsident des ZdK*

## Wehrpflicht oder Freiwilliger Wehrdienst?

### Ein Modellvorschlag

***Mit dem Beschluss der Koalition, die Dienstzeit der Wehrpflichtigen auf 6 Monate zu verkürzen, der Umsetzung dieses Beschlusses sowie den Überlegungen des Verteidigungsministers zu einer Überprüfung der Wehrpflicht im Zuge der Haushaltskonsolidierung und der Arbeit der Bundeswehrstrukturkommission hat die öffentliche und gesellschaftliche Diskussion über die Wehrpflicht in Deutschland Fahrt aufgenommen.***

Manche versprechen einen "heißen Herbst", andere sagen, eine "Erfolgsgeschichte" wie die Wehrpflicht dürfe man nicht aus Finanzgründen beenden, wieder andere stellen für die Unionsparteien gar die Identitätsfrage. Traditionell fordern andere die umgehende Abschaffung aller "Zwangsdienste" und wieder andere meinen, mit einer Abschaffung der Wehrpflicht und somit auch des Zivildienstes würde das soziale System mindestens in Schiefelage geraten, weil die Zivildienstleistenden fehlen.

### Einstieg in den Ausstieg?

Um es deutlich zu sagen: Es waren Politiker, die mit ihrer Entscheidung im Koalitionsvertrag die Frage nach einer Sinnhaftigkeit von 6 Monaten Wehrpflicht geradezu provozierten. Daran ändert auch das ernsthafte Bemühen des Verteidigungsministeriums nichts, die Kurz-Wehrpflicht möglichst sinnvoll auszugestalten. Hier wie auch im Zivildienst sind aber ernsthafte Bedenken, welchen Nutzen und Sinn ein so kurzer Dienst für einen jungen Menschen haben kann, nicht von der Hand zu weisen. Wenn daher manche sagen, hier sei der Einstieg in den Ausstieg gemacht, so hat auch dieses Argument seine Bedeutung.

Denkt man unsere Bundeswehr ausschließlich vom Einsatz her und optimiert sie daraufhin, dann ist ein W 6 kein Gewinn, sondern eher eine politisch gewollte Zusatzaufgabe, die Mittel für Einsätze entzieht. Eine andere Antwort wird möglich, wenn man die nationale

Sicherheitsvorsorge zum Gradmesser macht. Sowohl für die Hilfe bei Naturkatastrophen (Wasser, Sturm, Schnee, Waldbrand) als auch die Vorsorge für den derzeit so schwer vorstellbaren Fall einer militärischen Bedrohung von außen, so kann argumentiert werden, sollten das Land und die Bundeswehr vorbereitet sein. Aber reicht dies aus, um Wehrpflicht zu begründen und den Dienst einzufordern?

### Ein Modellvorschlag

Das folgende Modell wirbt für einen Freiwilligen Dienst, der einen Freiwilligen Wehrdienst ebenso umfasst wie einen Freiwilligen Zivildienst, Entwicklungsdienst, das heutige Freiwillige Soziale Jahr, den Dienst bei Freiwilliger Feuerwehr und THW und andere denkbare soziale Dienste. Dieser Freiwillige Dienst sollte Männer und Frauen gleichermaßen einschließen. Ohne eine gesellschaftliche Debatte und ohne entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen wird die Idee allerdings nicht umsetzbar sein.

### Umsetzung

Nehmen wir einmal an, dass viele junge Menschen sich freiwillig engagieren möchten. Gehen wir davon aus, dass Staat und Gesellschaft ein Interesse und einen Bedarf an der Förderung bürgerschaftlichen Engagements und eines stabilen Gemeinwohls haben, dann sollten wir die Bereitschaft unserer jungen Bevölkerung ernst nehmen, sie fördern und nutzen und günstige Bedingungen zur Umsetzung eines solchen Engagements schaffen.

Wir sollten weiterhin durch unsere Kommunen erfassen und dabei die jungen Männer für einen Freiwilligen Dienst interessieren. Junge Frauen etwa gleichen Alters wären zeitgleich per Anzeige/Anschreiben einzuladen. Wer sich für den Wehrdienst entscheidet, wird also auf Eignung geprüft. Dies würde in einer veränderten, optimierten Kreiswehrrersatzamt/Zentrum für Nachwuchsgewinnung-Organisation erfolgen. Ähnliche Überprüfungen, physisch und bezüglich der Vorbildung, Eignung usw. würden für die anderen Dienste jeweils durch die betreffenden Organisationen vorgenommen. Der junge Mann/die junge Frau melden sich für zunächst 6 Monate – was der heu-

tigen Wehrpflicht- und Zivildienstdauer entspricht – und können sich in dieser Zeit bis zu 23 Monaten freiwillig und im gegenseitigen Einvernehmen weiter verpflichten. Die eingebrachte Freiwilligkeit wird mit einem attraktiven Belohnungssystem verknüpft. Vieles ist hier vorstellbar: berufliche Qualifizierung, Anerkennung als Berufspraktikum, höherer Bildungsabschluss, Unterhaltssicherung, Prämien, Bonus beim Zugang zum Universitätsstudium, Führerschein, Anrechnung auf die spätere Rente und Vieles mehr.

### Gewinn für alle

Im Ergebnis würde mit diesem Ansatz die Pflicht zum Wehrdienst und Zivildienst ausgesetzt und zu einer freiwilligen Dienstleistung mit einem wesentlich breiteren Angebot fortentwickelt. Artikel 12a GG bleibt unverändert und ermöglicht damit, falls erforderlich, die Reaktivierung der Pflicht. Die Substanz des gerade angepassten Wehrpflichtgesetzes bliebe erhalten, allerdings unter Verzicht auf die Verpflichtung zum Wehrdienst zu Gunsten eines Freiwilligen Wehrdienstes bzw. unter Aussetzung dieser Verpflichtung. Junge Frauen erhielten ebenso wie die jungen Männer die Chance und Möglichkeit, ihre Talente und Wünsche in ein derartiges Modell einzubringen. Für unsere sich verändernde Gesellschaft ergeben sich umfassende, neue Chancen partnerschaftlichen und generationenübergreifenden freiwillig sozialen Engagements. Ein derartiger Ansatz würde den jungen Menschen, der Bundeswehr und der Zivilgesellschaft gleichermaßen helfen, hätte also insgesamt große gesellschaftspolitische Bedeutung.

### Zahlen

Der Vorschlag berücksichtigt Gespräche mit vielen Einzelpersonen, die ihn spontan unterstützen. Allerdings bleibt eine relative Unbekannte. Ausgehend von heutigen Durchschnittszahlen – Zivildienstleistende im Umfang von ca. 90 000 pro Jahr und 2x 45 000 Wehrpflichtigen pro Jahr – ist es berechtigt zu fragen, wie viele junge Menschen sich wirklich freiwillig einbringen würden. Braucht das Sozialsystem tatsächlich 90 000 Zivildienstleistende, um den befürchteten Kollaps zu vermeiden? Für die Bundeswehr der Zukunft könnten als mögliches Ergebnis der derzeitigen Strukturuntersuchungen rund 15 000 Stellen für Freiwillig Wehrdienstleistende eine anzustreben-

de, optimale Zielgröße sein. Soweit diese länger als 12 Monate Dienst leisten, sind sie grundsätzlich auch für Auslandseinsätze geeignet. Von Bundesamt für Zivildienst wissen wir, dass ca. 30 % der heute Zivildienstleistenden grundsätzlich bereit sind, ihre Dienstzeit zu verlängern. Auch berichtet manch karitative Organisation von deutlich mehr Bewerbern für das Freiwillige Soziale Jahr, als sie auf Grund der verfügbaren Haushaltsmittel zulassen kann. Wir wissen auch, dass die Bundesagentur für Arbeit einige Milliarden Euro pro Jahr für Ausbildungsförderungsmaßnahmen zu Gunsten von derzeit ca. 300 000 jungen Arbeitsuchenden einsetzt. Lassen sich diese Menschen und Mittel zu beiderseitigem Gewinn ganz oder teilweise in das vorgeschlagene Modell integrieren?

### Gesamtbetrachtung notwendig

Der politische Prozess und die öffentliche Diskussion der nächsten Wochen werden zeigen, in welche Richtung sich Wehr- und Zivildienst entwickeln. Bleibt zu wünschen, dass eine Entscheidung, die eine wirklich grundlegende Richtungsänderung beinhaltet, nicht allein wegen klammer Haushaltskassen des Finanzministers oder des Verteidigungsministeriums getroffen wird. Es ist eine Gesamtbetrachtung notwendig. Immerhin stehen die Sicherheitsvorsorge unseres Landes, ein erneuertes, staatsbürgerliches Engagement und damit Übernahme von freiwilliger Verantwortung für das Gemeinwesen im Mittelpunkt des Vorschlages. Keine leichte Entscheidung, die hier angemahnt wird.

### Wehrgerechtigkeit

Ein abschließender Gedanke sei erlaubt: Mit der Einführung des Prinzips der Freiwilligkeit verliert auch die immer wieder aufflammende Diskussion um die Wehrgerechtigkeit endgültig jede Substanz. Weder der Wehrdienst- noch der Zivil- oder Ersatzdienstleistende können länger stigmatisiert werden. Niemand wird diskriminiert und in eine Contra-Haltung gezwungen; denn alle leisten ihren Dienst freiwillig zum Wohle der Gemeinschaft, jeder an seinem Ort. Die Dienste sind gleichwertig anzusehen und zu bewerten. Sie sind im Interesse unseres Landes, des Gemeinwohls und unseres Volkes.

*General Karl-Heinz Lather, Mitglied des ZdK*

## Vom Bürgerwillen zur Regierungspolitik

### Kampagne "Steuer gegen Armut"

***Kann es so bleiben, dass die globale Finanzwirtschaft eine weltweite Krise verursacht, aber immer noch keinen Beitrag zur Bewältigung der Krisenfolgen erbringt? Die Kampagne "Steuer gegen Armut" meint: Nein. Sie schlägt die Einführung einer Steuer auf alle spekulationsrelevanten Finanztransaktionen vor.***

Industriestaaten brauchten Milliarden Dollars, um die Folgen der Finanzkrise abzufedern; was aber ist mit den Entwicklungsländern? Zwar ist deren Bankensystem nicht direkt betroffen, die indirekten Folgen sind aber dramatisch: Einbrüche in ausländischen Direktinvestitionen, sinkende Exporteinnahmen, sinkende Entwicklungshilfe, sinkende Steuereinnahmen, sinkende Geldüberweisungen von in den Industrieländern lebenden Familienangehörigen, sinkende Ressourcen, um in Infrastruktur, Gesundheitsdienste und Schulen zu investieren. Nicht erstaunlich deshalb, dass die Erreichung der Millenniumsziele gefährdet ist, gemachte Fortschritte wieder rückläufig sind und – beispielsweise – zum zweiten Mal in Folge die Zahl der Hungernden weltweit die Grenze von einer Milliarde überstiegen hat.

### Finanztransaktionssteuer

Um dies zu beheben, wurde die Kampagne "Steuer gegen Armut" gegründet, die Ideen von John Maynard Keynes, James Tobin und Attac aufgreift und fortentwickelt. Sie tritt für eine Steuer auf alle spekulationsrelevanten Finanztransaktionen ein, d. h. auf den Handel mit Devisen, Derivaten, Aktien, Rohstoffen und vieles mehr. Die Finanztransaktionssteuer ist eine sehr niedrige Steuer, etwa 0,05 % der Transaktionssumme. Da sie vor allem jene trifft, die häufige und riskante Geldgeschäfte tätigen, ist sie zunächst ein Beitrag zur Entschleunigung und Stabilisierung der Finanzmärkte. Investitionen in die Realwirtschaft oder langfristige Geldanlagen, wie sie der durchschnittliche "kleine Sparer" tätigt, werden hingegen kaum belastet.

Abhängig davon, wie die Steuer ausgestaltet und wo sie eingeführt wird, können darüber hinaus

langfristig und verlässlich zwei- bis dreistellige Milliardenbeträge eingenommen werden, die dann für die Bekämpfung von Armut, die Folgen des Klimawandels oder für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit in den Ländern dieser Erde ausgegeben werden könnten. Natürlich ist die Finanztransaktionssteuer nicht der Stein der Weisen oder die einzig notwendige Schlussfolgerung, die aus der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ziehen ist. Sie ist aber ein wichtiges Symbol für die Entschiedenheit der demokratischen Gesellschaften, das Heft des Handelns wieder in die eigene Hand zu nehmen und die Finanzwirtschaft an ihre dienende Funktion im Gesamtgefüge der Weltgesellschaft zu erinnern. Mit einer Finanztransaktionssteuer würde der seit Jahren steuerbegünstigte Finanzsektor, der Hauptprofiteur der Globalisierung, erstmals strukturell an der Finanzierung globaler öffentlicher Güter beteiligt!

### Die Kampagne

Die Kampagne "Steuer gegen Armut" begann mit einem Offenen Brief an die neu gewählte Bundesregierung im Oktober 2009. Zu den 32 erstunterzeichnenden Organisationen gehörten bereits damals viele kirchliche Organisationen wie z. B. Adveniat, Missio, Misereor, Justitia et Pax sowie, als Initiator der Kampagne, die Jesuitenmission. Inzwischen gibt es 64 Organisationen und 32 Personen als Kampagnenträger, und der Zusammenschluss ist ein bisher nie dagewesenes Bündnis aus Bankern und Bischöfen, Gewerkschaftlern und Entwicklungshilfeprofis, Politikern und Aktivisten, Wissenschaftlern und Praktikern.

Natürlich wurde das Thema einer Transaktionssteuer schon lange von linken Aktivisten, Gruppen und Parteien vertreten. Durch dieses gruppenübergreifende Kampagnenbündnis verließ das Thema aber das Milieu der "üblichen Verdächtigen" und erreichte die gesellschaftliche Mitte. Die Bandbreite und Reichweite der nun zusammenarbeitenden Mitgliedsorganisationen war damit auch ein Grund für den Erfolg, den eine Petition zum Anliegen der Kampagne hatte: Innerhalb von sechs Wochen konnten 66 000 Bürgerinnen und Bürger mobilisiert werden, diese Petition online oder per Unterschriftenlisten mitzutragen. Mobilisiert haben dazu Attacies ebenso wie die Gewerkschaften und, mobilisiert etwa über diözesane Ausschüsse für Mission-Entwicklung-Frieden (MEF), Pfarrge-

meinden. Die Kampagnendynamik ist bis heute ungebrochen: Im Mai wurden beispielsweise über die Kampagnen-Facebook-Gruppe Mails an die Wahlkreisbüros von Politikern organisiert, ebenso im Mai verabschiedeten tausende Besucher auf dem Ökumenischen Kirchentag eine Resolution zum Thema. Eine derartige gesellschaftliche Bewegung können Medien und Politik nicht ignorieren.

### Entwicklungen

Entsprechend energisch wird das Kampagnenanliegen denn inzwischen auch aufgegriffen und vorangetragen: Schon im Januar gab es Anträge der drei Oppositionsparteien zum Thema, gefolgt von einer Expertenanhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestag am 17.5.2010. Und es war sicher kein Zufall, dass Finanzminister Schäuble vier Tage später im Deutschen Bundestag erklärte, dass sich auch die Bundesregierung ab sofort für eine Einführung dieser Steuer einsetzen wird – was sie seither auch tut.

Zwar ist diese Steuer gegenwärtig nicht im Rahmen der G20 durchsetzbar, aber: Innerhalb Europas bestehen sehr gute Chancen, sei es im Rahmen der europäischen Zeitzone (mit dem Finanzplatz Zürich), im Rahmen der Europäischen Union (mit dem Finanzplatz London) oder auch "nur" im Rahmen der Eurozone. Da sowohl Deutschland als auch Frankreich dieses Ziel vorantreiben und in verschiedenen Ländern Europas Kampagnen vergleichbar mit der deutschen Bewegung in Gang gekommen sind, ist diese Steuer durchaus im Bereich der Realpolitik angekommen.

### Ziele

Das Hauptproblem derzeit ist, dass die Finanzminister diese Steuer natürlich aus anderen Gründen wollen als die Kampagne: Sie wollen das Geld für Bankenrettungsfonds oder das Stopfen von Haushaltslöchern – die Armen blieben außen vor. Es ist jedoch Ansicht der Kampagne, dass über die Verwendung von Steuereinnahmen immer noch der Oberste Souverän, nämlich das Parlament, entscheiden muss. Hier wird seitens der Kampagne deutlich gemacht werden müssen, dass wir nicht nachlassen werden, bis sichergestellt ist, dass Gelder aus der Steuer für die Millenniumsziele verwendet werden. Es muss deutlich gemacht

werden, dass es dabei nicht bloß um Mildtätigkeit geht, sondern auch um die Sicherung nationaler Interessen: Wenn beispielsweise die Jugend in den armen Ländern keine Zukunftsperspektive hat, darf man sich nicht wundern, wenn Terrorismus, (Organisiertes) Verbrechen, globale Instabilität oder illegale Migrationsbewegungen zunehmen werden. Ähnlich muss verstanden werden, dass Investitionen in den Klimaschutz, egal wo auf der Welt, allen Menschen zugutekommen usw.

Das Kampagnenbündnis "Steuer gegen Armut" gehört zu den erfolgreichsten zivilgesellschaftlichen Bewegungen der neueren Vergangenheit und hat in sehr kurzer Zeit sehr viel erreicht. Aber noch ist nichts unumkehrbar abgesichert: Die Absichtserklärung der gegenwärtigen Bundesregierung ist beispielsweise weniger unumkehrbar und verbindlich als eine parteienübergreifende Verpflichtung des Bundestags, eine solche Steuer einzuführen, wenn dies andere Länder auch tun (wie dies z. B. Belgien oder Frankreich schon getan haben). Existiert nämlich ein solcher "Vorratsbeschluss", wären nicht nur die jetzige, sondern auch künftige Bundesregierungen daran gebunden.

Um der Politik zu signalisieren, dass man an diesen Punkten dranbleibt, können Kirchen und Gläubige viel tun, zum Beispiel:

Über kirchliche Hilfswerke können Informationen bereitgestellt werden, warum für die Umsetzung der Millenniumsziele sehr schnell sehr viel mehr Geld benötigt wird, als dies seitens der Regierungen geplant ist.

Über kirchliche Medien kann das Anliegen der Kampagne breit bekannt gemacht und um Unterstützung geworben werden, etwa durch Beitritt kirchlicher Organisationen zum Kampagnenbündnis oder durch Beitritt von Gläubigen zur Kampagnen-Facebook-Gruppe

Kirchliche (Orts-)Gruppen und einzelne Gläubige können ihren Wahlkreisabgeordneten schreiben, Kirchenleitungen können durch Hirtenworte und institutionalisierte Kontakte mit Politikern und Ministerien deutlich machen, dass sie die Anliegen der Kampagne unterstützen.

*Pater Dr. Jörg Alt SJ, Mitarbeiter der Jesuitenmission Nürnberg und Moderator der Kampagne "Steuer gegen Armut"*

➔ [www.steuer-gegen-armut.org](http://www.steuer-gegen-armut.org)

## Mit Leidenschaft, Augenmaß und Frustrationstoleranz

**Plädoyer für eine christlich geprägte Politik unter den Bedingungen fortschreitender Säkularisierung**

*Die katholische Kirche ist im Gespräch wie schon seit Jahren nicht mehr. Doch leider hat sie die Agenda nicht selbst bestimmen können. Sie ist im Gespräch, weil sie, ausgehend von der Aufdeckung zahlreicher Fälle sexueller Missbrauchs, unter öffentlicher Dauerbeobachtung steht. Sie ist vollauf damit beschäftigt, auf die Vorwürfe und kritischen Anfragen zu reagieren – daneben drohen gesellschaftsprägende diakonische und politische Initiativen und ihre Frohe Botschaft insgesamt zu verblassen. Wie gestalten Christen unter diesen Bedingungen Politik?*

Die aktuelle Ohnmachtserfahrung steht nicht für sich allein, sondern ist eingebettet in eine Entwicklung, in der die Kirche (und keineswegs allein die katholische Kirche) an gesellschaftlichem und politischem Boden verloren hat. Matthias Sellmann hat jüngst darauf hingewiesen, dass in den letzten Jahrzehnten ein Großteil kirchlicher Definitions- und Steuerungsmacht erodiert sei. "Die Kirche ist heute auf einen Markt geworfen. Andere schaffen jetzt die Situationen, in denen sie sich bewähren muss." Vielfach fehlt es aber innerhalb der Kirche noch an Einsicht in den Rollenwechsel vom Ethikmonopolisten zum konkurrierenden Anbieter, folglich auch an Bereitschaft zur Kommunikation auf Augenhöhe mit anderen Marktteilnehmern. Um die ökonomischen Analogien nicht überzustrapazieren, sei mit Sellmann auch auf die theologische Grundlegung für den vorzunehmenden Blick- und Rollenwechsel verwiesen, denn "die Kirche als Gemeinschaft des Volkes Gottes ist ja auch dogmatisch hervorragend auf diese Situation vorbereitet, aktiviert sie doch erst unter Säkularisierungsbedingungen das großartige zweipolige ekklesiologische Programm von ‚Lumen Gentium‘ und ‚Gaudium et spes‘". Kein Anlass zur Resignation also, vielmehr für jede Menge

Hoffnung, die sich aber an der gesellschaftlichen und politischen Realität abzuarbeiten hat.

### Beispiel PID

Dafür gibt es zahlreiche aufschlussreiche Beispiele. In diesem Beitrag soll die Debatte über die Präimplantationsdiagnostik (PID) im Vordergrund stehen, die vom Bundesgerichtshof (BGH) im Juli 2010 für juristisch zulässig, da mit dem Embryonenschutzgesetz vereinbar erklärt wurde.

Unter PID wird die Untersuchung am Erbmaterial eines Embryos in vitro auf Krankheitsdispositionen vor dem Transfer zur Einnistung in die Gebärmutter verstanden. Auf Grundlage der PID können Embryonen mit genetischen Defekten selektiert werden. In mehreren EU-Staaten ist die PID und die nachfolgende Selektion zugelassen. In Deutschland ist im 1990 beschlossenen Embryonenschutzgesetz festgelegt, dass Embryonen extrakorporal nur zur Herbeiführung einer Schwangerschaft hergestellt werden dürfen. Dies wurde bis vor kurzem in der Rechtsprechung als Verbot der PID ausgelegt, da diese ja keinen anderen Zweck als die Aussonderung schadhafter Embryonen hat.

Mit diesem Status quo ante konnten die christlichen Kirchen und die aus christlicher Motivation engagierten Politiker leben, da die mit der Embryonenselektion verbundene Tötung menschlichen Lebens somit gesetzlich unterbunden war. Gleichwohl gab es Vorstöße für eine gesetzliche Klarstellung, so z. B. die Forderung des ZdK 2001, ein umfassendes Fortpflanzungsmedizinengesetz zu erarbeiten, das nicht hinter dem Schutzniveau des geltenden Embryonenschutzgesetzes zurückbleibt, ebenso aber auch Befürchtungen, dass eine gesetzliche Explizierung auf die schiefe Ebene einer kontinuierlichen reproduktionsmedizinischen Liberalisierung führen werde. Denn der fragile Status der bis dato vorherrschenden Gesetzesauslegung war den Verfechtern des Lebensschutzes durchaus bewusst, zumal seit dem Beschluss des Embryonenschutzgesetzes die Forschung weiter vorangeschritten war und die zunehmende PID-Zulassung in Nachbarstaaten einen reproduktionsmedizinischen Tourismus dorthin beflügelte, durch den der deutsche Weg als Insellösung immer stärker an Plausibilitätsschwund litt und unter Rechtfertigungsdruck geriet.



So gesehen reflektiert das Anfang Juli vom BGH gesprochene Urteil nicht zuletzt einen gesellschaftlichen Wandel, in dem der berechtigte Wunsch von (werdenden) Eltern, ein gesundes Kind zu bekommen, zu einer Anspruchshaltung geworden ist, die nicht mehr grundsätzlich hinterfragt wird.

An dem Urteil wird auch deutlich, dass kirchlich sanktionierte Positionen inzwischen offenbar mehr gesellschaftspolitischem Gegenwind ausgesetzt sind, als sie einem Anliegen Rückenwind verleihen können. Sie haben an Wirkmacht eingebüßt; neue Strategien der politischen Vermittlung sind gefragt.

### Handlungsoptionen

Wie ist mit diesem Kurswechsel in der Rechtsprechung, der weit über das konkrete Urteil hinausweist, nun angemessen umzugehen?

Zwischen den Partnern der Regierungskoalition gibt es offenkundig einen Konflikt: Während aus der Union nach wie vor überwiegend Stimmen zu vernehmen sind, die sich für ein Verbot der PID aussprechen, hält die FDP es für ethisch geboten, sie (werdenden) Eltern nicht vorzuenthalten. Dies so zu sehen ist durchaus eine legitime Haltung. Kirchen und christliche Politiker haben die Ethik nicht für sich gepachtet, und in einer gesellschaftspolitischen Debatte ist die eine ethische Argumentation einer anderen noch nicht dadurch überlegen, dass sie in einen explizit christlichen Kontext gestellt wird. Es ist abzusehen, dass in dieser konkreten Gemengelage ein Koalitionsantrag wohl nicht möglich sein dürfte. Für aussagekräftige Gesetzesinitiativen müsste daher, wie in der Vergangenheit des öfteren in bioethischen Fragen, zuletzt bei der Stammzellforschung, der Regelung von Spätabtreibungen und der Patientenverfügung, der Fraktionszwang aufgehoben werden – oder es müsste auf eine gesetzliche Regelung unter der aktuellen Bundesregierung verzichtet werden. Dies scheint die Position der Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zu sein, die durch das BGH-Urteil hinreichende Klarheit zugunsten der Zulassung der PID hergestellt sieht.

### Auf Neuregelung dringen

Es ist nicht ohne Pikanterie, dass die Strategie der Vermeidung einer politischen Klärung vor kurzem noch für die Gegner der PID durchaus nahelag.

Gab es bislang noch gute Gründe für ein Stillhalten und Aushalten der Interpretierbarkeit des Gesetzes, so hat sich die Beweispflicht nun umgekehrt. Angesichts des Kurswechsels in der Rechtsprechung wäre es fahrlässig, jetzt nicht auf eine gesetzliche Neuregelung zu dringen. Denn wenn jetzt nichts geschieht, gilt das Urteil des BGH als Maßstab und die politische Normsetzung wird dem Gesetzgeber von der höchstrichterlichen Rechtsprechung abgenommen.

Es ist müßig nun zu spekulieren, ob inzwischen der Zug für eine dauerhafte Limitierung der PID uneinholbar abgefahren ist. Noch immer gilt die Intervention eines Kirchenrepräsentanten als zu beachtende, aber nicht als allein ausschlaggebende Stimme im bioethischen Diskurs. Noch immer ist auch die Forderung eines generellen PID-Verbots als ethisch gehaltvolle Privilegierung des Nicht-Wissens um Gesundheit oder Krankheit eines Kindes (das auch gesund immer ein Wagnis ist) argumentativ konkurrenzfähig. Sie ist mehr als eine bei erster Gelegenheit aufzugebende Maximalposition für den politischen Aushandlungsprozess. Zugleich muss man aber keinesweg prophetisch begabt sein, um abzusehen, dass sich weder die eine noch die andere Maximalposition letztlich in einem Gesetzestext wiederfinden dürfte.

### Dialog suchen

Keinesfalls erfolgversprechend dürfte es sein, nur die eigene ethische Logik gelten zu lassen und mittlerweile etablierte Instanzen wie den Deutschen Ethikrat, den zu konsultieren z. B. die Bundesforschungsministerin und vormalige ZdK-Vizepräsidentin Annette Schavan empfohlen hat, gering zu schätzen. Vielmehr kommen christlich motivierte und politisch engagierte Bürger, auch wenn sie ein klares Leitbild verfolgen, gar nicht umhin, sich auf die Welt, das heißt auch die gesellschaftspolitische Umwelt, einzulassen, wie sie ist. Ein christlicher Realitätssinn gebietet, sich keinen überhöhten Erwartungen hinzugeben, auch vergebliche Anläufe in Kauf zu nehmen, aber doch – frei nach Max Weber – mit Ausdauer, Leidenschaft und Augenmaß für die als richtig erkannten Positionen einzustehen und Zeugnis von seinen Überzeugungen abzulegen.

*Dr. Hubert Wissing, seit Mai 2010 Leiter der Arbeitsgruppe Kirche und Gesellschaft im Generalsekretariat des ZdK*

## Ökumenischer Tag der Schöpfung

### Gebet, Zeugnis und gemeinsames Handeln

*In diesem Jahr feiern die christlichen Kirchen in Deutschland zum ersten Mal gemeinsam einen Tag der Schöpfung. Sie wollen dies künftig in jedem Jahr tun.*

Die Bilder von der zentralen ökumenischen Feier zu Christi Himmelfahrt auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag im Mai dieses Jahres in München sind vielen wahrscheinlich noch gut in Erinnerung. Am Schluss der Feier übergab eine Gruppe von Jugendlichen den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedskirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) ein Apfelbäumchen – ein einfaches und doch eindrucksvolles Zeichen und zugleich eine Mahnung, mit den Lebensgrundlagen, die die Erde bietet, so umzugehen, dass auch die nachfolgenden Generationen noch auf ihr leben können. Zuvor hatte der Vorsitzende der ACK, Landesbischof Friedrich Weber (Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Braunschweig), den von der ACK beschlossenen "ökumenischen Tag der Schöpfung" ausgerufen.

### Vorgeschichte

Der ökumenische Tag der Schöpfung hat eine Vorgeschichte. Im Jahr 1989 schlug der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel Dimitrios I. vor, einmal im Jahr gemeinsam "zum Schöpfer der Welt zu beten: mit Dankgebeten für die große Gabe der geschaffenen Welt und mit Bittgebeten für ihren Schutz und für ihre Erlösung". Er war mit diesem Anliegen nicht allein. Viele Christinnen und Christen engagierten sich bereits für den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung.

Frucht und Stationen dieses Prozesses waren die europäischen ökumenischen Versammlungen in Basel (1989), Graz (1997) und Sibiu (2007). In Graz und Sibiu griff man den Vorschlag des Ökumenischen Patriarchen auf und plädierte nachdrücklich dafür, ihn gemeinsam umzusetzen. In der Botschaft der Versammlung in Sibiu heißt es: "Wir empfehlen, dass der Zeitraum zwischen dem 1. Septem-

ber und 4. Oktober dem Gebet für den Schutz der Schöpfung und der Förderung eines nachhaltigen Lebensstils gewidmet wird, um den Klimawandel aufzuhalten." Auch die von den Kirchen Europas 2001 verabschiedete Charta Oecumenica empfiehlt, "einen ökumenischen Tag des Gebetes für die Bewahrung der Schöpfung in den europäischen Kirchen einzuführen".

Die Mitgliedskirchen der ACK haben die Charta Oecumenica auf dem 1. Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin im Rahmen eines feierlichen Gottesdienstes für Deutschland angenommen. So ist es nur folgerichtig, dass die ACK auch die Empfehlung der Charta, einen ökumenischen Schöpfungstag einzuführen, aufgriff. Es wurde ein Beratungsprozess in Gang gesetzt, bei dem es sowohl um die inhaltliche Zielsetzung als auch um die praktische Verwirklichung eines ökumenischen Schöpfungstags ging. Eine Fachtagung in Brühl 2008 schloss mit einem Appell, diesen Tag in Deutschland einzuführen. Drei Aspekte sollten dabei im Mittelpunkt stehen: "die Umkehr wegen des menschlichen Vergehens an der Schöpfung, der Lobpreis des Schöpfers und das Einüben konkreter Schritte ('Schule des Mit-Leidens')". In der Folgezeit wurden die Leitungen der Mitgliedskirchen der ACK um ihr Votum zu diesem Vorhaben gebeten. Die Antworten fielen positiv aus, so dass auf einer weiteren Tagung (2009 in Mainz) die Umsetzung des Schöpfungstags in Liturgie und kirchlicher Praxis beraten werden konnte.

### Termin

Als Termin für die bundesweite Feier dieses Tages setzte die Mitgliederversammlung der ACK im März 2010 den ersten Freitag im September fest. Dieser Termin fällt in den von der 3. Europäischen Ökumenischen Versammlung in Sibiu genannten Zeitraum. Er wurde in Anlehnung an den Weltgebetstag der Frauen gewählt, der am ersten Freitag im März begangen wird.

### Anliegen

Für die ACK verbinden sich mit dem ökumenischen Schöpfungstag mehrere Anliegen: das gemeinsame Gebet zu Gott, dem Schöpfer, und das öffentliche gemeinsame Bekenntnis zu ihm sowie das gemeinsame Engagement für die Bewahrung der Schöpfung. Der Tag der Schöpfung ist somit von den grundlegenden Dimensionen der Ökume-

ne geprägt, denen sich die ACK verpflichtet weiß: Gebet, Zeugnis und gemeinsames Handeln.

Die Feier des Schöpfungstags wird mit einem ökumenischen Gottesdienst eröffnet. In ihm haben Lob und Dank an Gott, den Schöpfer, einen besonderen Platz. Der Schöpfungstag hebt damit ausdrücklich ins Bewusstsein, dass das Bekenntnis "ich glaube an Gott, den Schöpfer" alle Christen verbindet. Er thematisiert dies öffentlich und bringt den christlichen Schöpfungsglauben und seine Implikationen für das Verhältnis des Menschen zur Welt in die gesellschaftliche Diskussion ein.

## Gesellschaftliche Dimension

Dies ist besonders wichtig in unserer Gesellschaft, in der der Glaube an Gott nicht selbstverständlich ist und in der atheistische Gruppen den Glauben an Gott, insbesondere den christlichen Glauben, offensiv und öffentlichkeitswirksam bestreiten. Dieser Herausforderung dürfen die Kirchen nicht ausweichen; die Einführung des ökumenischen Schöpfungstags ist ein Zeichen dafür, dass sie sich ihr gemeinsam stellen wollen.

Die Welt als Schöpfung Gottes zu bekennen, hat Folgen für den Umgang mit ihr. "Herrschaft" über die Schöpfung im Sinne rücksichtsloser Ausbeutung ist dann keine Option. Es hat auch Folgen für neue Fragen, die sich mit dem technischen Fortschritt auf vielen Gebieten stellen. Zu denken ist hier beispielsweise an den Streit um die Patentierung von Pflanzen und Tieren und an ethische Fragestellungen, die der medizinische Fortschritt besonders am Beginn und am Ende des menschlichen Lebens aufwirft.

Der ökumenische Schöpfungstag ist Anlass, darüber nachzudenken, wo Christinnen und Christen selbst zur Zerstörung der Schöpfung beitragen, und zur Umkehr zu ermutigen. Es gibt viele konkrete Schritte zur Bewahrung der Schöpfung, die alle in ihrem eigenen Alltag gehen können (vgl. z. B. das Heft des Diözesanrats der Katholiken der Erzdiözese München und Freising "Anders besser leben"). Der ökumenische Tag der Schöpfung bietet eine Gelegenheit, dies neu ins Bewusstsein zu rufen, bisher geleistetes Engagement sichtbar zu machen und zu verstärken.

## Beteiligung

Alle Gemeinden sind eingeladen, sich – möglichst in ökumenischer Gemeinschaft – an dieser Initiative zu beteiligen. Wenn lokale und regionale Gegebenheiten es erfordern, können sie einen eigenen Termin innerhalb des Zeitraums zwischen dem 1. September und dem 4. Oktober für die Feier des Schöpfungstags festlegen. Wie für die Ökumene sonst, so gilt auch hier: Ohne das Engagement in den Gemeinden kann der Schöpfungstag nicht mit Leben gefüllt werden. Basisgruppen, Umweltbeauftragte in den Kirchengemeinden, Sachausschüsse Ökologie der Diözesanräte haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten schon einen großen Beitrag dazu geleistet, dass die Bewahrung der Schöpfung Thema für die Kirche wurde und dass praktische Maßnahmen ergriffen wurden. Sie haben auch dazu beigetragen, dass dieses Anliegen auf der Tagesordnung der europäischen ökumenischen Versammlungen blieb. Die Einführung des ökumenischen Tags der Schöpfung bestätigt sie in diesem Engagement und will sie zugleich dazu anspornen, in ihren Bemühungen in Gebet, Glaubenszeugnis und Praxis nicht nachzulassen.

Wenngleich der ökumenische Tag der Schöpfung einen bestimmten Aspekt hervorhebt, so gilt doch, dass die Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung unlöslich zusammenhängen. Wer sich z. B. für den Kauf von Kaffee aus ökologischem Anbau einsetzt, der setzt sich damit gleichzeitig für bessere Bedingungen für die Arbeiterinnen und Arbeiter auf den Kaffeeplantagen ein, denn sie werden keinen giftigen Pflanzenschutzmitteln ausgesetzt. Wer sich um die Reduktion von Abgasen bemüht, fördert zugleich den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen in den Ländern des Südens, denn die Armen in diesen Ländern leiden besonders unter den Folgen des Klimawandels (dies war zum Beispiel Thema der MISEREOR-Fastenaktion 2010). Insofern ist der ökumenische Tag der Schöpfung ein wichtiger Baustein im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung.

*Dr. Elisabeth Dieckmann, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)*

➔ [www.schoepfungstag.info](http://www.schoepfungstag.info)

## **"Grenzen überschreiten – gemeinsam lernen – Integration gestalten": kfd-Fortbildung zur Kulturmittlerin**

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) hat sich auf der Bundesversammlung 2007 in einer Positionsbestimmung verpflichtet, auf allen Ebenen des Verbandes den interreligiösen Dialog und das interkulturelle Lernen zu fördern. Der Verband möchte offen sein für Christinnen, unabhängig von ihrer Herkunft, und den Dialog mit Muslimas pflegen.

Wie dies in der Praxis geschehen kann, wurde exemplarisch in einem zweijährigen Modellprojekt erprobt. In einer dreiteiligen Fortbildung sind 28 Teilnehmerinnen, die aus Deutschland, Bolivien, Polen, der ehemaligen Sowjetunion, dem Kosovo, dem Nahen Osten, Portugal und Marokko kommen, zu Kulturmittlerinnen ausgebildet worden. Das Konzept basiert auf den Erfahrungen des "Transkulturellen und interreligiösen Lernhauses der Frauen". Die Fortbildung wurde in Kooperation mit dem Caritasverband für die Stadt Köln durchgeführt. Teil der Fortbildung war die Umsetzung eigener interkultureller Projekte in den Herkunftsgemeinden.

So entstanden 18 verschiedene Teilprojekte. Zwischen Flensburg und Konstanz, Dresden und Aachen wurden interkulturelle Frauengruppen gegründet, es fanden Kulturveranstaltungen statt und Begegnungen zwischen Muslimas und Christinnen.

Ein Grundprinzip des Miteinanders war der Dialog auf Augenhöhe. Das heißt, dass nicht die deutschen Teilnehmerinnen etwas für die Migrantinnen konzipieren, sondern dass das Projekt möglichst von Anfang an gemeinsam gestaltet wird. So war es z. B. auch eine wichtige Erfahrung aller Teilnehmerinnen, dass es wichtig ist, zunächst ein Netzwerk zu schaffen, in das die Migrantinnen eingebunden sind.

Am Freitag, den 29. Oktober wird das Projekt in Mainz feierlich mit einer öffentlichen Präsentation der Teilprojekte und der Überreichung der Zertifikate an die Kulturmittlerinnen abgeschlossen.

*Dr. Heide Mertens, Referentin für Gesellschaftspolitik, kfd-Bundesverband*

➔ [www.kfd.de/projekte/  
kfd-fortbildung-zur-kulturmittlerin](http://www.kfd.de/projekte/kfd-fortbildung-zur-kulturmittlerin)

*An dieser Stelle bitten wir Mitglieder des ZdK, über erfolgreiche gesellschaftspolitische Initiativen aus dem eigenen Verband, dem eigenen Diözesanrat oder dem eigenen beruflichen Umfeld zu berichten. Falls Ihnen ein Beitrag vorschwebt, wenden Sie sich an die Redaktion!*